

## WIENER LANDESREGIERUNG



MD-1043-2/90

Wien, 3. Mai 1990

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Familienlastenaus-  
gleichsgesetz 1967 geändert  
wird;  
Begutachtung;  
Stellungnahme

An das  
Präsidium des Nationalrates

BUNDES-GESETZENTWURF	
Zl.	45 - GE 219
Datum:	7. MAI 1990
Verteilt:	11. Mai 1990

*Dr. Peischl*  
*Dr. Wluc*

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Bei-  
lage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Be-  
treff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

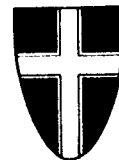
Für den Landesamtsdirektor:

Beilage  
(25-fach)

Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor



## WIENER LANDESREGIERUNG

Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **40 00-82123****MD-1043-2/90****Wien, 3. Mai 1990**

**Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Familienlastenaus-  
gleichsgesetz 1967 geändert  
wird;**

**Begutachtung;  
Stellungnahme**

**zu GZ 23 0102/2-III/3/90**

**An das  
Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie**

**Auf das do. Schreiben vom 6. April 1990 beehrt sich das Amt  
der Wiener Landesregierung folgendes mitzuteilen:**

**Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß nur der Elternteil An-  
spruch auf Familienbeihilfe hat, der den Haushalt überwie-  
gend führt, in dem das Kind betreut wird. Gleichzeitig wird  
im Wege einer gesetzlichen Vermutung festgelegt, daß bis  
zum Beweis des Gegenteils die Mutter jene Person ist, die  
überwiegend den Haushalt führt.**

**Damit soll der Entschliebung des Nationalrates vom  
12. Dezember 1989 Rechnung getragen werden, wonach eine  
gesetzliche Regelung vorbereitet werden soll, die mit Wir-  
kung vom 1. Jänner 1991 die Auszahlung der Familienbeihilfe  
grundsätzlich an die Mütter vorsieht.**

**Dazu wird bemerkt, daß durch den vorliegenden Gesetzesent-  
wurf allein für den Bereich des Landes Wien aus dem Titel  
der Selbstträgerschaft Mehrkosten der Stadt Wien in Höhe  
von bis zu 75 Mio. S jährlich zu erwarten sind, nachdem  
59 % der städtischen Bediensteten Frauen sind.**

- 2 -

Diesen Mehrkosten stehen entsprechende Ersparnisse des Familienlastenausgleichsfonds gegenüber. Es bedarf daher begleitender gesetzlicher Maßnahmen, um diese Lastenverschiebung zu egalisieren.

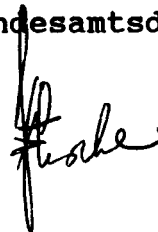
Dazu wird neuerlich darauf hingewiesen, daß bereits durch die Vorwegzuweisung gemäß § 35 Abs. 5 FLAG 1967 eine aus heutiger Sicht nicht mehr zu vertretende Belastung der Länder gegeben ist.

Abgesehen davon ist fraglich, ob der Zielsetzung der in Aussicht genommenen Regelung nur in dieser Form entsprochen werden kann. Berücksichtigt man nämlich auch die geschätzten Kosten der Bundesverwaltung in Höhe von 11,5 Mio. S (einmalig) und 15 Mio. S (jährlich), so scheinen Überlegungen dahingehend angezeigt, den gewünschten Effekt auch in anderer - kostengünstigerer - Weise zu erzielen.

Es kann dabei wohl davon ausgegangen werden, daß für die weitaus überwiegende Zahl der Familien die Frage, ob die Familienbeihilfe an den Mann oder die Frau ausgezahlt wird, kein Problem darstellt. Man trifft somit mit erheblichem Kostenaufwand eine generelle Regelung in einer Sache, für die nur zu einem geringen Prozentsatz ein Regelungsbedarf gegeben ist. Einfacher erschiene es, bei der derzeitigen Form der Auszahlung der Familienbeihilfe zu bleiben, der Frau aber - im Bedarfsfall - über Antrag ein im Verwaltungsweg durchsetzbares Recht auf Auszahlung einzuräumen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor